



HESSISCHER LANDTAG

10. 11. 2015

HAA

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Printmedien für demokratische Meinungsbildung und Meinungsvielfalt unverzichtbar

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass freie Medien eine wichtige Grundlage für eine freie, demokratische und lebendige Gesellschaft sind. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu verteidigen gilt. Im Interesse der Demokratie ist es nicht hinnehmbar, wenn Medien pauschal verunglimpft werden. Für den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess ist insbesondere die entscheidende Rolle der Printmedien zu würdigen. Daher müssen ihre Möglichkeiten ebenso wie die der Neuen Medien genutzt werden, um Pressefreiheit und einen qualitativ hochwertigen Journalismus zu sichern und weiterzuentwickeln. Der Landtag spricht sich dafür aus, gute Rahmenbedingungen für publizistische Vielfalt und ökonomische Prosperität zu erhalten, zu unterstützen und weiterzuentwickeln.
2. Der Landtag stellt fest, dass die wirtschaftliche Existenz vieler Anbieter von Printmedien und damit auch die Vielfalt und Qualität der Medienlandschaft gefährdet sind. Insbesondere die Digitalisierung stellt die Verlage vor große wirtschaftliche und strukturelle Herausforderungen. Die Zusammenlegung und Schließung von Redaktionen in den letzten Jahren zeigen einen beunruhigenden Trend, der für die demokratische Meinungs- und Willensbildung in Hessen nicht förderlich ist. Gerade in Hessen hat die Zeitungslandschaft eine besondere Bedeutung und Struktur. Im Gegensatz zu anderen Ländern und Regionen ist der hessische Zeitungsmarkt von einer vergleichsweise großen Vielfalt geprägt. Qualitätsjournalismus braucht daher eine Zukunftsperspektive, die auch auf lokaler Ebene gesichert werden muss. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten sowie den Verlagen für den Erhalt der Angebotsbreite im Bereich der Printmedien einzusetzen. Ein vielfältiger Zeitungsmarkt ist für Hessen unverzichtbar.
3. Der Landtag zeigt sich über die Lage des Zeitungsmarktes in Hessen besorgt. Er nimmt zur Kenntnis, dass mittlerweile von 33 hessischen Tageszeitungsverlagen 27 aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen sind. Hinzu kommt, dass die niedrige Honorierung freier Mitarbeiter, die für eine umfassende Berichterstattung unerlässlich sind, in vielen Fällen den Mindeststundenlohn nicht überschreitet. Der Landtag hält dies für keine gute Voraussetzung für Qualitätsjournalismus, da die Attraktivität des Journalistenberufes für junge Menschen schwindet.
4. Der Landtag sieht die Medienkompetenz als einen wichtigen Faktor für qualitativ hochwertige Informationsbeschaffung. Deren Vermittlung ist eine wichtige Aufgabe der Schulen, aber auch der Hochschulen und der Medien selbst.
5. Der Landtag ist der Auffassung, dass guter Journalismus eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die deshalb auch öffentlich gefördert werden muss. Dazu leisten die Hochschulen unseres Landes schon jetzt in der Ausbildung einen wesentlichen Beitrag.
6. Weiterhin bittet der Landtag die Landesregierung, die Förderung der Vielfalt der Medienlandschaft über die Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur (WI-Bank) und die Förderung und Unterstützung von Start-ups im Printbereich zu prüfen.
7. Der Landtag unterstützt den Einsatz der Landesregierung für einen starken Medienstandort Hessen mit einer vielfältigen Medienlandschaft, in dem auch Printmedien zukunftsfähig sind.

Er begrüßt in diesem Zusammenhang beispielhaft:

- die vielfältigen Initiativen der Landesanstalt für privaten Rundfunk und Neue Medien (LPR-Hessen) zur Vermittlung von Medienkompetenz an Schulen, im außerschulischen Bereich sowie in Kindertagesstätten,
- das Projekt "News to use" des Verbandes der hessischen Zeitungsverleger e.V. unter Schirmherrschaft und seitens der Landesregierung geförderter wissenschaftlicher Begleitung, um Auszubildende zu regelmäßigem Zeitungslernen anzuregen,
- den Beitrag der Hochschulen des Landes zur gezielten Ausbildung von Journalisten sowohl im Print- als auch im Onlinebereich.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. November 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn